

Russland-Update



Zahlen, Daten & Fakten zur russischen Wirtschaft und den deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen

1. Allgemeine Wirtschaftsentwicklung

Die russische Wirtschaft erholt sich von der längsten Rezessionsphase seit den frühen 1990er Jahren. Für das Gesamtjahr 2017 wird mit einem Wachstum von 1,5 bis zwei Prozent gerechnet. Ähnlich lauten die Prognosen für 2018. Der Trend zeigt also nach oben, wobei sich durch neue US-Sanktionen gegen Russland, die schlimmstenfalls auch europäische Unternehmen etwa im Energiesektor belasten könnten, aktuell neue Risiken ergeben haben.

Die Wirtschaftskrise in Russland in den vergangenen Jahren hatte verschiedene Faktoren: Hauptgrund war der starke Rückgang der Rohölpreise seit 2014. Die russische Regierung hatte es versäumt, in der wirtschaftlichen Boomzeit der frühen 2000er Jahre schrittweise ein Wirtschaftsmodell zu entwickeln, das die einseitige Abhängigkeit von Rohstoffexporten überwindet. Das aktuelle Entwicklungspotenzial der russischen Wirtschaft scheint mit maximal zwei Prozent Wachstum jährlich an eine Obergrenze zu stoßen, die Industrieproduktion läuft bereits nahe der Kapazitätsgrenzen, die offizielle Arbeitslosigkeit liegt stabil unter sechs Prozent. Ein signifikant höheres Wachstum ist nach nahezu einhelliger Expertenmeinung nur durch entschiedene Reformen und deutliche Produktivitätsfortschritte erreichbar.

Schwachstellen der russischen Wirtschaft bleiben neben der unzureichende Diversifizierung, eine zu hohe Staatsquote, die modernisierungsbedürftige Infrastruktur, die weiterhin zu verhaltene Bekämpfung der Korruption und der erschwerte Zugang zu Krediten. Die seit Sommer 2014 in Folge des Ukraine-Konflikts bestehenden westlichen Wirtschaftssanktionen verschärften die Krise zusätzlich. Vor allem der Finanzsektor und die Vergabe von Investitionskrediten werden weiterhin durch die Sanktionen behindert, zudem er-

schweren die Sanktionen im Erdölsektor die Ausbeutung neuer Lagerstätten in der Arktis und die Modernisierung der bestehenden Förderanlagen.

Als Reaktion auf die Sanktionen verstärkt die russische Regierung ihre Anstrengungen zur Importsubstitution. Der gesunkene Rubelkurs senkt die russischen Lohnstückkosten und begünstigt damit die russische Exportwirtschaft. Produzieren in Russland ist damit auch für ausländische Investoren attraktiver geworden. Zudem wurde das Geschäftsklima in den vergangenen Jahren stetig verbessert, Firmen klagen jedoch weiterhin über zunehmende Kontrollen und administrative Hürden. Die traditionell stark entwickelte Rohstoffwirtschaft bleibt das Rückgrat der Wirtschaft. Die positive Entwicklung der Rohölpreise in den vergangenen Monaten trägt zur wirtschaftlichen Erholung bei. Zu den aktuell wachstumsstärksten Branchen zählt die Agrarwirtschaft, die stark von den russischen Sanktionen gegen westliche Agrar- und Lebensmittelimporte profitiert, die im Sommer 2014 als Gegenreaktion gegen die westlichen Sanktionen eingeführt worden waren. Aber auch die Industrieproduktion sprang zuletzt wieder an, während die früher traditionell starke Baubranche weiter schwächelt.

Wirtschaftsindikatoren: 2015 war das russische Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 2,8 Prozent gesunken, 2016 gab es mit 0,2 Prozent erneut eine leichte Rezession. Im ersten Halbjahr 2017 wurde ein Wachstum von 1,5 Prozent registriert. Die russische Zentralbank hob daraufhin ihre Prognose für das Gesamtjahr 2017 von 1,3 auf 1,8 Prozent an. Das russische Wirtschaftsministerium hofft dagegen auf ein Wachstum von zwei Prozent.

Parallel zum Absturz der Ölpreise verbilligte sich seit 2014 der russische Rubel in Relation zu Dollar und Euro um zeitweise 50 Prozent. War das russische Bruttoinlandsprodukt 2014 noch mit zwei Billionen US-Dollar berechnet worden, sank dieser Wert dadurch 2015 auf umgerechnet 1,37 Billionen US-Dollar und 2016 auf 1,28 Billionen US-Dollar. Dies entspricht in etwa dem BIP Südkoreas. Unter den größten Volkswirtschaften der Welt lag Russland damit 2016 nach Angaben des Internationalen Währungsfonds an 12. Stelle (Deutschland: 4. Stelle). Das BIP pro Kopf der russischen Bevölkerung betrug 2016 8.148 Euro (Deutschland: 38.114 Euro).

Der Binnenkonsum, bis 2013 immer ein stabiler Wachstumstreiber, war 2015 und 2016 deutlich rückläufig, beginnt sich nun aber zu stabilisieren. Bedingt wurde die negative Entwicklung der vergangenen Jahre durch zum Teil hohe Reallohneinbußen, den schwachen Rubel, teure Verbraucherkredite und hohe Zinsen. Die allgemeine konjunk-

turelle Baisse sorgte für ein zurückhaltendes Kaufverhalten der Bevölkerung, durch die Währungsabwertung verteuerten sich ausländische Produkte. Zuletzt wuchsen die Reallöhne aber wieder leicht und der Konsum stieg im ersten Quartal 2017 im Jahresvergleich um drei Prozent. Zudem ging die Inflationsrate deutlich zurück. Sie wurde im Sommer 2017 mit 3,3 Prozent angegeben und befindet sich damit auf einem historisch niedrigen Niveau. Der Leitzins, der vor zwei Jahren noch bei 17 Prozent lag, wurde von der Zentralbank schrittweise auf 8,5 Prozent abgesenkt. Weitere Zinsschritte nach unten sind nicht ausgeschlossen. Dadurch verbessern sich die Aussichten für eine weitere konjunkturelle Erholung. Der Kurs des Rubels bleibt schwach. Nach einer zwischenzeitlichen Erholung von März 2016 bis zum März 2017 von über 30 Prozent, büßte der Rubel-Kurs seitdem gegenüber Euro und Dollar wieder etwas ein.

Ein großes Sorgenkind der russischen Wirtschaft bleibt die Finanzwirtschaft. Sie leidet unter dem schwachen Rubel sowie den westlichen Sanktionen und schleppt eine hohe Zahl fauler Kredite mit sich herum. Viele Russen hatten in guten Zeiten Kredite in Fremdwährung aufgenommen, die sie angesichts der Rubelschwäche und der Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre kaum bedienen können. Das trifft in ähnlicher Weise auch auf die russischen Mittelständler zu: Gerade sie sind aber auf zinsgünstige Kredite und ein leistungsfähiges Bankensystem angewiesen. Der private Bankensektor bleibt verwundbar: Zuletzt musste die Zentralbank gleich zwei Banken: der Otkrytie- und der B&N-Bank finanziell absichern. Die staatlichen Banken hingegen sind gut kapitalisiert und die staatlichen Devisenreserven wachsen wieder. In den Ratings der internationalen Agenturen hat Russland zuletzt deutlich Boden gut machen und damit an Kreditwürdigkeit gewinnen können.

Geschäftsklima: Im „[Doing Business Report](#)“ der Weltbank, der insbesondere die Arbeitsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen bewertet, belegte Russland unter 189 Staaten 2018 Platz 35. 2011 lag Russland noch auf Rang 123. Auch der „[Global Competitiveness Report 2016-2017](#)“ des Weltwirtschaftsforums stuft die Wettbewerbsfähigkeit Russlands höher ein. Unter 138 Staaten rückte Russland vom 45. auf den 43. Platz nach vorne.

In der 14. Geschäftsklima-Umfrage, die der Ost-Ausschuss und die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer Anfang 2017 durchführten, zeigte sich erstmals seit vier Jahren wieder eine positive Tendenz in der russischen Wirtschaftsentwicklung. Das unternehmerische Umfeld in Russland hat sich vor dem Hintergrund der konjunkturellen Belebung im Land spürbar verbessert: Fast die Hälfte der befragten Unternehmen vermeldet eine positive oder leicht positive Entwicklung des Geschäftsklimas im Jahresverlauf

2016. Für das Jahr 2017 sind 68 Prozent der Unternehmen optimistisch.

Wirtschaftspolitische Trends: Die russische Wirtschaftspolitik forciert im Zuge der westlichen Sanktionspolitik eine Politik der Lokalisierung und Importsubstitution. Russland versucht zunehmend westliche Industrieprodukte durch Eigenproduktion oder Importe aus vorwiegend asiatischen Ländern zu ersetzen. Das Programm zur Importsubstitution vom März 2015 sieht vor, künftig über 2.200 Produkte in 20 Branchen in Russland selbst herzustellen. Am 30. Juni 2015 trat das Gesetz über Industriepolitik in Kraft, das die Schaffung einer wettbewerbsfähigen Industrie durch Fördermaßnahmen und Vorgaben für die öffentliche Einkaufspolitik anstrebt.

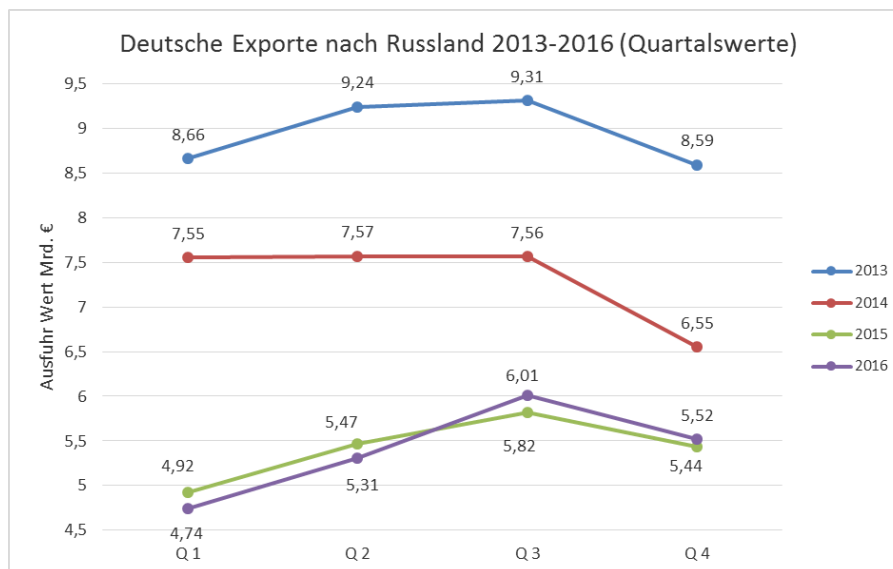
Das Thema Lokalisierung wird von der deutschen Wirtschaft aufmerksam verfolgt. Aktuelle Lokalisierungsprojekte deutscher Unternehmen zeigen, dass die deutsche Wirtschaft auch in einem schwierigen Umfeld daran arbeitet, die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland weiterzuentwickeln. Ein Beispiel dafür ist der Aufbau eines Mercedes-Werks nahe Moskau, das bis 2020 mit der Produktion beginnen soll. Diese Projekte fördern vor allem auch mittelständische Zulieferstrukturen nach dem Motto „Made in Russia for Russia“. Ausländische Investoren haben mittlerweile die Möglichkeit, durch Sonderinvestitionsverträge in den Rang russischer Unternehmen aufzusteigen und damit bei staatlichen Ausschreibungen zum Zuge zu kommen. Vier von bislang zehn derartiger Verträge wurden mit deutschen Unternehmen abgeschlossen (Claas, DMG Mori, Daimler, Wilo).

Haushalt und Verschuldung: Im Jahr 2016 lag das föderale Haushaltsdefizit bei 3,6 Prozent des BIP. Für 2017 soll dieser Wert auf zwei Prozent gesenkt werden. Zwei in guten Zeiten aus hohen Öleinnahmen gespeiste Fonds werden zur Finanzierung des Defizits herangezogen. Im Jahr 2016 wurden 34 Milliarden Dollar aus den Fonds entnommen. Sie waren nach Angaben des russischen Finanzministeriums Ende 2016 noch mit rund 88 Milliarden Dollar gefüllt (Reservefonds: 16 Milliarden Dollar, Nationaler Wohlfahrtsfonds: 72 Milliarden Dollar).

Was Auslandsverschuldung und Reserven angeht, weist Russland nach wie vor sehr solide Werte auf (Bruttoauslandsverschuldung rund 40 Prozent des BIP, öffentliche Verschuldung unter 15 Prozent des BIP, Währungsreserven 378 Milliarden Dollar).

2. Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland

Handelsentwicklung: Der deutsch-russische Handel war bis zum Sommer 2016 vier Jahre in Folge rückläufig. Dieser Trend, der bereits 2013 einsetzte, wurde durch geringere Spielräume Russlands aufgrund gesunkener Rohstoffeinnahmen und durch die gegenseitigen Sanktionen beschleunigt. Seit Sommer 2016 drehte der Trend nach zuvor 13 Quartalen mit Exportrückgängen wieder ins Positive. Deutschland lieferte nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Gesamtjahr 2016 Güter im Wert von 21,6 Milliarden Euro nach Russland. Das ist ein minimaler Rückgang um 64 Millionen Euro im Vergleich zu 2015. Dagegen gingen die Importe aus Russland im Jahr 2016 um 12,1 Prozent auf 26,4 Milliarden Euro zurück. Letzteres ist vor allem auf gesunkene Rohstoffpreise auf den Weltmärkten und nicht auf verringerte Volumina zurückzuführen. Im Gegenteil: Deutschland importierte 2016 rund 40 Prozent seines Importbedarfs an Rohöl aus Russland, ein Rekordwert. Auch die Einfuhren von Erdgas lagen auf Rekordniveau. Dieser nun positive Trend setzte sich 2017 fort: In den ersten sieben Monaten 2017 kletterten die deutschen Exporte nach Russland um 24 Prozent und die deutschen Importe aus Russland sogar um 27 Prozent.



Graphik: Ost-Ausschuss; Quelle: Statistisches Bundesamt

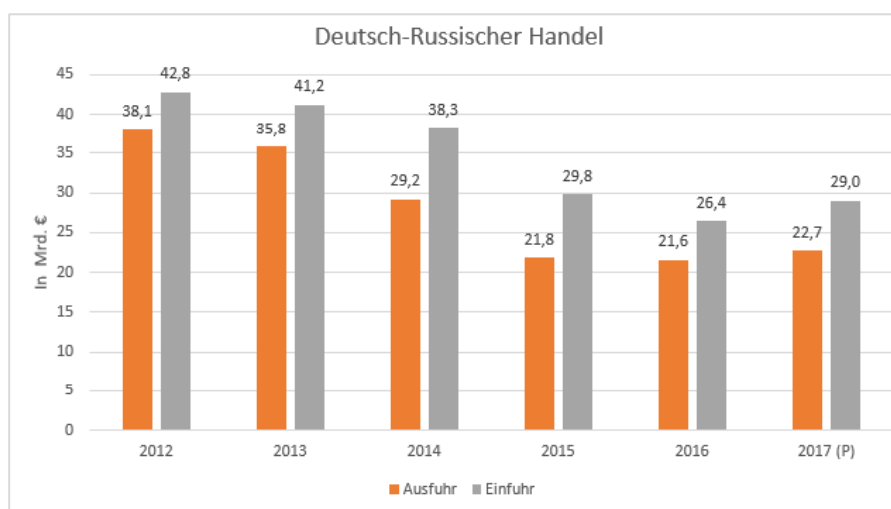
Für das Gesamtjahr 2017 prognostiziert der Ost-Ausschuss einen Anstieg der deutschen Exporte nach Russland um 20 Prozent.

Dennoch bleiben die Verluste im bilateralen Handel in den Langfristbetrachtung signifikant und es besteht derzeit wenig Aussicht, dass an alte Spitzenwerte wieder angeknüpft werden kann: Seit dem Rekordjahr 2012 hat sich das deutsch-russische Handelsvolumen von 80 Milliarden Euro auf 48 Milliarden Euro (2016) verringert. Dies ging vor allem zu Lasten der deutschen Exporte nach

Russland. Diese haben sich seit 2012 von 38 Milliarden Euro nahezu halbiert. Sowohl bei den Importen als auch bei den Exporten verlor Russland in der Rangliste der deutschen Außenhandelspartner an Boden: Unter den deutschen Absatzmärkten belegte Russland 2016 nur noch Rang 16 (2012: Rang elf), unter den deutschen Einfuhrländern belegte es Rang 13.

Besonders betroffen von der negativen Handelsentwicklung der vergangenen Jahre war der deutsche Maschinenbau, auch weil die westlichen Sanktionen gegen die russische Energie- und Rüstungswirtschaft vor allem kurz nach Verhängung der Sanktionen 2014 zur aufwändigen Prüfung vieler Maschinenexporte durch das Bundesamt für Ausfuhrkontrolle BAFA geführt hat. 2016 gingen die Maschinenexporte nach Russland um weitere 2,9 Prozent auf 4,7 Milliarden Euro zurück. Im Jahr davor waren sie sogar um 27 Prozent eingebrochen. Damit lag Russland 2015 nur noch auf Platz elf unter den Exportmärkten des deutschen Maschinenbaus, 2012 belegte es noch Platz vier.

Unter den russischen Gegensanktionen im Agrarbereich leidet wiederum die deutsche Landwirtschaft. Die deutschen Bauern erleiden dadurch nach Zahlen des Deutschen Bauernverbands einen jährlichen Verlust von einer Milliarde Euro.



Quellen: Statistisches Bundesamt; Ost-Ausschuss, (P)=Prognose

Trotz der rückläufigen Volumina bleibt Deutschland für Russland nach China weiterhin der zweitwichtigste Handelspartner weltweit und vor den Niederlanden der wichtigste Handelspartner in Europa. 7,4 Prozent der gesamten russischen Exporte gingen 2015 in die Bundesrepublik, die damit hinter den Niederlanden und China auf Platz drei rangierte. Importseitig war Deutschland nach China mit einem Marktanteil von 11,2 Prozent das zweitwichtigste Lieferland.

Deutsch-Russischer Handel:
Die wichtigsten fünf Warengruppen 2016

Deutscher Export:

Waren	in Mio. Euro
Maschinen	4.677,6
Kraftwagen und Kraftwagenteile	3.484,9
Chemische Erzeugnisse	2.619,1
Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	1.564,7
Elektrische Ausrüstungen	1.472,9
Gesamt:	13.819,2

Deutscher Import:

Waren	in Mio. Euro
Erdöl und Erdgas	16.403,9
Kokerei- und Mineralölerzeugnisse	3.634,8
Metalle	2.857,5
Kohle	1.085,9
Chemische Erzeugnisse	693,4
Gesamt:	24.675,5

Deutsche Investitionen: Seit Beginn der Krise ist die Präsenz deutscher Unternehmen auf dem russischen Markt von rund 6.000 auf 5.300 gesunken. Die Wirtschafts- und Sanktionskrise hat also Spuren hinterlassen, die überwiegende Mehrheit der deutschen Unternehmen hält jedoch am russischen Markt fest. Die Unternehmen nutzen die Zeit des abgekühlten Wachstums, um sich strategisch besser aufzustellen, personelle Überkapazitäten abzubauen und sich für die Zeit der anziehenden Konjunktur vorzubereiten. Für Neueinsteiger ist die Zeit günstig, da Immobilien im Preis deutlich billiger und zahlreicher verfügbar sind. Das gleiche gilt für Übernahmen. Auch qualifizierte Arbeitskräfte, an denen in Russland lange Zeit Mangel herrschte, stehen dem Arbeitsmarkt aktuell wieder in größerer Zahl zur Verfügung. Die Schwäche des Rubels und der starke Rückgang der Lohnkosten machen eine Produktion im Inland attraktiver und sogar einen Export aus Russland heraus in Drittländer möglich.

Nach einem Tiefpunkt im politischen Krisenjahr 2014 erholen sich seit 2015 die deutschen Direktinvestitionen in Russland. Die Wirtschaftsberater von Ernst & Young ermittelten für das Jahr 2015 in einer Studie 36 deutsche Investitionsprojekte.

Auch große Leuchtturmprojekte wie die geplante Pipeline Nord Stream 2, eine Eisenbahn-Hochgeschwindigkeitstrasse zwischen Moskau und Kasan, das neue Mercedes-Benz-Werk nahe Moskau

sowie die 2018 anstehende Fußball-Weltmeisterschaft in Russland könnten zu einer neuen Dynamik in den Wirtschaftsbeziehungen beitragen. Hinzu kommt eine Vielzahl an Investitionsprojekten und Aktivitäten gerade auch von deutschen Mittelständlern: So haben beispielsweise der Dortmunder Pumpenhersteller Wilo und das Technologieunternehmen GEA in den vergangenen Monaten neue Produktionsstätten in Russland eingeweiht. Der niederbayrische Heizkörperhersteller Kermi legte im September 2017 den Grundstein für ein Werk im russischen Stupino. Es zeigt sich: Die EU-Sanktionen gegen Russland in einigen Sektoren sind hinderlich, aber kein unüberwindbares Hindernis für die Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

3. Wirtschaftssanktionen

Im August 2014 wurden zwischen der EU und Russland als Folge der Auseinandersetzungen zwischen Russland und der Ukraine erstmals seit Beendigung des Kalten Krieges gegenseitige Wirtschaftssanktionen eingeführt, im September 2014 folgte deren Ausweitung. Hinzu kommen direkte Sanktionen der EU gegen einzelne Firmen, Organisationen und Personen. Die EU-Wirtschaftssanktionen beinhalten ein Waffenembargo, Finanzmarktsanktionen sowie Beschränkungen oder Verbote bei der Lieferung von Dual-Use-Gütern sowie spezifischer Ölfördertechnologie und -ausrüstung. Rechtsfolgen der Sanktionen sind Beschränkungen und Verbote bei der Ausfuhr von Gütern und Technologie nach Russland. Auch sind Vermittlungsgeschäfte und Dienstleistungen im Zusammenhang mit den Gütern betroffen. Sanktionsverstöße sind strafbewehrt.

Weltweit beteiligen sich rund 40 Länder auf unterschiedliche Weise an den Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Neben der Ukraine, Norwegen, Kanada, Japan und der Schweiz sind unter dem Druck der EU auch EU-Beitrittskandidaten wie Albanien oder Montenegro beteiligt, während Serbien sich bislang enthält. Ebenfalls keine Russlandsanktionen eingeführt haben wichtige Wirtschaftsmächte wie China, Indien, Brasilien, die Türkei, Ägypten, Israel, Südafrika oder Südkorea.

Von russischer Seite wurde seit August 2014 gegen diejenigen Länder, die sich an den Sanktionen beteiligen, ein Importstopp von Agrargütern eingeführt.

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten haben im März 2015 den Abbau der Handels- und Investitionsbeschränkungen gegen Russland an die vollständige Umsetzung des so genannten

Minsker Abkommens zur Befriedung des Konflikts in der Ost-Ukraine geknüpft. Zuletzt verlängerte die EU im Sommer 2017 die Wirtschaftssanktionen gegen Russland bis Januar 2018. Als Reaktion darauf hat Russland das Importverbot für Agrarprodukte aus der EU bis Ende 2018 verlängert.

Sanktionsfolgen für die Wirtschaft: Die westlichen Sanktionen haben zur aufwendigen Prüfung vieler Maschinenexporte durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle BAFA geführt. Das BAFA hat darüber zu entscheiden, ob Dual-Use-Komponenten im Zweifelsfall auch für militärische Zwecke oder die Ölindustrie eingesetzt werden könnten. Von den westlichen Finanzmarktsanktionen sind letztlich alle Branchen betroffen, weil damit beispielsweise Exportfinanzierungen für russische Kunden erschwerten Bedingungen unterliegen.

Generell war in den ersten beiden Jahren nach Einführung der Sanktionen eine stark gestiegene Risikoscheu bei Geschäften zu beobachten. Die Komplexität der verschiedenen Regelungen schreckte ab, gerade kleinere Geschäfte wurden angesichts des hohen Prüfungsaufwands und der Gefahr unbeabsichtigter Regelverletzungen gar nicht erst in Erwägung gezogen.

Die russischen Gegensanktionen zielen in erster Linie auf die deutsche und europäische Land- und Ernährungswirtschaft, die bereits vor den Sanktionen wiederholt mit russischen Einfuhrverboten konfrontiert wurde. Der nun sanktionsbedingte, weitgehende Ausfall des russischen Marktes trägt zu einem Überangebot an Fleisch und Obst, aber auch an Milchprodukten in der EU bei. Dadurch sanken die Erlöse unter anderem bisweilen unter die Produktionskosten. Den EU-Landwirten gelingt es aber zunehmend, den russischen Markt durch Lieferungen auf andere Märkte zu kompensieren.

Zwischen 2013 und 2016 hat sich der **Handel der EU mit Russland** schrittweise um über 40 Prozent verringert. Wurden 2013 nach Angaben von Eurostat noch Waren im Wert von 327 Milliarden Euro gehandelt, betrug der Wert für 2016 nur noch 191 Milliarden Euro. 2014 gingen die EU-Exporte nach Russland um rund 16 Milliarden auf 103 Milliarden Euro zurück, 2015 betrug die Lücke zum Jahr 2013 bereits 46 Milliarden und 2016 rund 47 Milliarden Euro. Die EU-Einfuhren aus Russland sanken 2014 im Vergleich zu 2013 um 24 Milliarden Euro, 2015 wuchs die Lücke auf 70 Milliarden Euro und 2016 dann auf 88 Milliarden Euro.

Anteilig haben sich die **deutschen Exporte nach Russland** nach den Zahlen des Statistischen Bundesamtes, ausgehend von 2013 bis Ende 2016, von 35 Milliarden Euro auf rund 21 Milliarden Euro

ebenfalls um 40 Prozent verringert. Russland ist damit in der Liste der wichtigsten deutschen Handelspartner hinter Länder wie Tschechien, Ungarn oder Schweden abgerutscht, die nicht einmal ein Zehntel der Einwohner Russlands haben. Umgekehrt verringerten sich die deutschen Einfuhren aus Russland von 40 Milliarden Euro im Jahr 2013 auf 26 Milliarden Euro 2016.

Allerdings wäre eine Gleichsetzung dieser massiven Handelseinbrüche mit den Wirkungen der Sanktionen falsch: Es gibt andere Einflussfaktoren wie den stark gesunkenen Ölpreis und den schwachen Rubel-Kurs, die einen erheblich größeren Anteil am Niedergang der Konjunktur in Russland und damit des Handels haben. Auch innerrussische Modernisierungsdefizite spielen eine Rolle, denn bereits im Jahr 2013 hatte es im Vergleich zum Rekordjahr 2012 einen leichten Rückgang im bilateralen Handel gegeben. Experten aus den USA, Russland und Deutschland gehen davon aus, dass etwa 20 Prozent bis 43 Prozent der Verluste im Export nach Russland und etwa 20 Prozent des wirtschaftlichen Einbruchs in Russland in den Jahren nach 2013 auf die Sanktionen zurückgeführt werden können. Nimmt man die untere Grenze dieser Schätzungen von 20 Prozent als Ausgangspunkt und betrachtet die oben beschriebene Entwicklung des EU-Russland-Handels, so hätten die Sanktionen im Jahr 2014 im Vergleich zu 2013 zu Handelsausfällen von 7,6 Milliarden Euro, 2015 von 23,4 Milliarden und 2016 von 27,2 Milliarden Euro geführt. Für die Jahre 2014 bis 2016 lägen damit die sanktionsbedingten Verluste zusammengerechnet allein für den bilateralen Handel bei rund 58 Milliarden Euro. Nimmt man dagegen die obere Grenze der Schätzungen von ca. 40 Prozent zum Maßstab, würden sich die Verluste auf 116 Milliarden Euro verdoppeln.

Generell ist für eine realistische Gesamtrechnung darauf hinzuweisen, dass sich die negative Sanktionswirkung für die Wirtschaft nicht allein auf sanktionierte Güter und damit unterbundene Exporte erstreckt, sondern auch auf eine Reihe weiterer Faktoren, die in der Fachliteratur bisweilen auch als „Kollateralschäden“ bezeichnet werden. Diese können zwar nicht unmittelbar auf die Sanktionsbeschlüsse zurückgeführt werden, jedoch eine erhebliche Größenordnung erreichen. Dazu gehören Umsatzrückgänge westlicher Firmen auf dem russischen und russischer Firmen auf dem westlichen Markt (z. B. aufgrund bewusster oder erzwungener Boykottentscheidungen von Kunden und Partnern), aus politischen Gründen unterbundene, 2014 bereits laufende und damit eigentlich nicht sanktionsrelevante Projekte (z. B. Lieferung eines Hubschrauberträgers durch französische und eines Gefechtsübungszentrums durch deutsche Anbieter an Russland), gesunkene Aktienkurse, aufgrund neuer Risikoanalysen stornierte Handels- und Investitionsentscheidungen, geplatzte Kredite bis hin zu

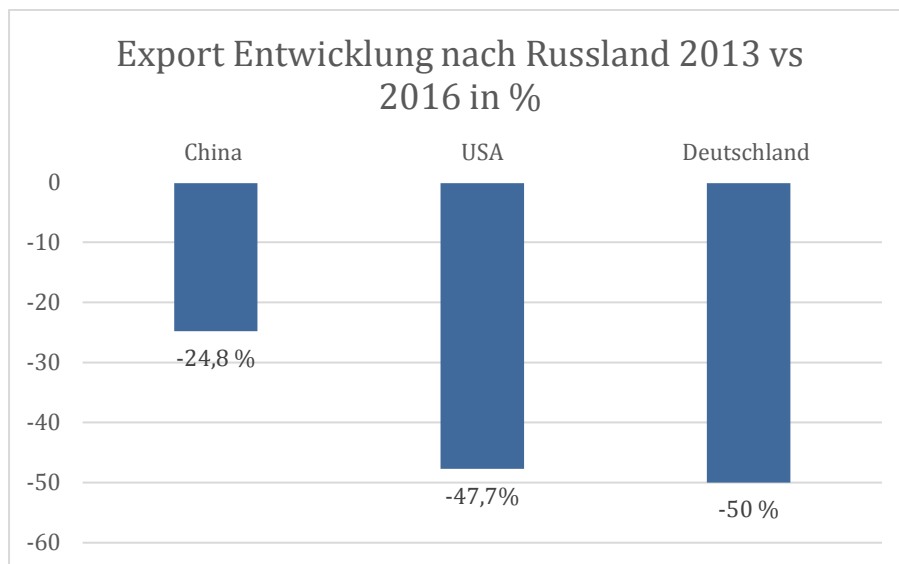
aus politischen Gründen stornierten Urlaubs- und Geschäftsreisen. Insbesondere das Vertrauen russischer Partner in die Umsetzbarkeit von Großprojekten unter Beteiligung deutscher oder europäischer Partner wurde gestört. Selbst wenn derartige Projekte nicht unter Sanktionen fallen, stehen sie noch immer im Verdacht, eines Tages vielleicht sanktionsrelevant werden zu können.

Die Sanktionen zwischen der EU und Russland hatten und haben zudem Folgewirkungen auch in Nachbarregionen, die wirtschaftlich stark von Russland abhängig sind. Umgekehrt gibt es aber auch Länder, die sich nicht an den Wirtschaftssanktionen beteiligen und denen sich aufgrund dessen nach dem Ausfall von EU-Exporten nach Russland dort neue Marktchancen eröffnen. Hier wird von Experten insbesondere auf China, die Schweiz, die Türkei, Südkorea, Brasilien, Ägypten oder Israel verwiesen, die dauerhaft deutsche und EU-Marktanteile in Russland besetzen könnten. In Ansätzen lässt sich dies tatsächlich nachweisen: So ging in den Jahren 2014 bis 2016 wegen der allgemein schwierigen Wirtschaftslage in Russland zwar auch der chinesische Export nach Russland deutlich zurück (-33 Prozent), aber geringer als der deutsche Export nach Russland (-41 Prozent, Zahlen jeweils nach russischen Statistiken).

China liegt auch aufgrund dieser Entwicklung nunmehr deutlich an erster Stelle unter den russischen Handelspartnern. 2016 konnten nach Angaben des Verbands der Deutschen Maschinen- und Anlagenbauer chinesische Anbieter erstmals mehr Maschinen nach Russland liefern als ihre bislang führende deutsche Konkurrenz. Dennoch haben sich ursprüngliche Befürchtungen, dass chinesische Lieferanten ihre Marktanteile in Russland massiv ausbauen, bislang nur in Ansätzen bewahrheitet. Dies könnte z.B. auch daran liegen, dass sich chinesische Anbieter mit Rücksicht auf das wichtigere US-Geschäft und die US-Sanktionen teilweise zurückgehalten haben. Auch die oft wiederholte These, US-Unternehmen würden aufgrund einer cleveren Sanktionspolitik Marktanteile in Russland gewinnen, lässt sich aufgrund der Handelsstatistiken nicht belegen. Allerdings hat der Handel der USA mit Russland nur ein Zehntel des Umfangs des Handels der EU mit Russland. Die Kosten der Sanktionen tragen also im Wesentlichen die Europäer und unter ihnen insbesondere die deutsche Wirtschaft, die allein auf einen Anteil von 25 Prozent am gesamten EU-Russland-Handel kommt.

Insgesamt bleibt auch nach gründlicher Sichtung vorhandener Studien die Bestimmung der globalen Sanktionsfolgen für die Jahre 2014 bis 2016 und ihre zukünftigen Auswirkungen schwierig und von einer Reihe von Annahmen abhängig. Einige Effekte schwächen sich über die Jahre ab, weil Unternehmen neue Märkte entwickeln und Marktlücken anderweitig geschlossen werden. Andere Effekte potenzieren sich möglicherweise über die Jahre. Mit einiger

Sicherheit lässt sich jedoch sagen, dass die Sanktionskosten für Russland und den Westen seit 2014 zusammengenommen mindestens einen sehr hohen zweistelligen, wenn nicht bereits einen dreistelligen Milliarden-Euro-Betrag erreicht haben. Alle beteiligten Sanktionsländer unter der gegenwärtigen Situation wirtschaftlich leiden und damit derzeit in einer „Lose-Lose-Situation“ gefangen sind. Mögliche Sanktionsgewinner finden sich andernorts.



Graphik: Ost-Ausschuss; Quellen ¹

Aktuelle Entwicklung: 2016 entwickelte sich die Debatte zu den EU-Sanktionen in zwei voneinander abweichende Richtungen. In Deutschland etwa wurden zumindest einige Dialogformate, die unter dem Eindruck des Konflikts ausgesetzt worden waren, wiederbelebt. Im Juni 2016 traf sich in Berlin nach mehr als zwei Jahren Pause erstmals wieder die deutsch-russische Strategische Arbeitsgruppe für Wirtschaft und Finanzen (SAG). Sie gilt als wichtigstes Gremium für die deutsch-russische Wirtschaftszusammenarbeit. Ein Vorstoß des damaligen Bundesaußenministers und OSZE-Vorsitzenden Steinmeier zum schrittweisen Abbau der Wirtschaftssanktionen parallel zu substanziellen Fortschritten bei der Umsetzung des Minsker Abkommens, der im Vorfeld der Bundestagswahlen vom damaligen Bundesaußenminister Sigmar Gabriel erneuert wurde, hat sich trotz ähnlicher Ansichten in Ländern wie Italien, Bulgarien, Tschechien, Ungarn und der Slowakei bislang in Brüssel nicht durchsetzen können. Umgekehrt versandeten aber auch Forderungen, die EU-Sanktionen gegen Russland etwa unter dem Eindruck des Syrien-Konfliktes weiter zu verschärfen.

¹ <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>; <https://wits.worldbank.org/CountryProfile/en/Country/CHN/Year/2016/TradeFlow/Export/Partner/RUS/Product/all-groups>; <https://www.census.gov/foreign-trade/balance/c4621.html>

Auf Betreiben von US-Senat und –Repräsentantenhaus beschlossen dann allerdings die USA im Juli 2017 umfangreiche **neue Sanktionen** gegen Russland, ohne Abstimmung mit den Partnern aus der EU. Betroffen sind insbesondere der Energiesektor, der Finanzbereich, aber auch allgemein Unternehmen, die mit russischen Firmen und Personen aus dem Verteidigungs- und Geheimdienstbereich Geschäfte machen. Neue Vorhaben zur Ölförderung unter starker Beteiligung russischer Partner werden nun weltweit sanktioniert, auch Projekte in Zusammenhang mit russischen Exportpipelines könnten unter Sanktionen fallen. Dies hat im Bedarfsfall der US-Präsident zu entscheiden. Die dezidiert exterritoriale Wirkung dieser neuen Sanktionen würde auch ausländische Geschäftspartner russischer Firmen stark betreffen. Hintergrund ist hier insbesondere das vermutete Eingreifen Russlands in den US-Wahlkampf. Zugleich verfolgt der US-Senat mit dem Gesetzesvorschlag offen US-amerikanische Wirtschaftsinteressen etwa in Konkurrenz zu russischen Energielieferungen über die geplante Pipeline Nord Stream 2.

Nach der klaren Ablehnung derartiger neuer US-Sanktionen durch die Bundesregierung und die EU-Kommission hängt vieles nun von der weiteren Ausgestaltung der möglichen Sanktionen ab. Ende Oktober hat das US-Außenministerium zu großen Teilen des Sanktionspakets Guidelines veröffentlicht. Präzisiert wurde dadurch, dass Verträge im Energiebereich, die vor Unterzeichnung des Gesetzes am 2. August 2017 vereinbart wurden, Bestandsschutz erhalten. Konkretisiert wird zudem, dass die Einführung von Sanktionen mit den europäischen Verbündeten „koordiniert“ werden sollen. Das Grundsatzproblem, dass die US-Gesetzgebung direkt in Geschäftspraktiken europäischer Unternehmen eingreift, bleibt bestehen, zumal es EU-Firmen gesetzlich untersagt ist, Sanktionsbestimmungen Dritter Folge zu leisten („Blocking Regulation/ bzw. §7 Außenwirtschaftsgesetz). Ob und wie Russland auf die neuen Sanktionen reagiert und seinerseits weitere handelsschädliche Maßnahmen ergreift, ist noch offen. Insgesamt sind die Positionen und Strategien der US-Administration derzeit nicht hinreichend transparent und sorgen für erhebliche Verunsicherung in der Wirtschaft.

Sowohl zu den neuen US-Sanktionen gegen Russland als auch zur Bilanz der Wirtschaftssanktionen gegen Russland zwischen 2014 und 2017 gibt es ausführliche Positionspapiere des Ost-Ausschusses: www.ost-ausschuss.de/positionspapiere

4. Kontaktstelle Mittelstand im Ost-Ausschuss

Um in Zukunft die mittelständischen Strukturen noch weiter zu stärken und deutschen Unternehmen den Eintritt in den russischen Markt zu erleichtern wurde 2013 auf Initiative des Ost-Ausschusses die Kontaktstelle Mittelstand eingerichtet. Sie hat das Ziel, Netzwerke und Informationen über wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen für den Markteintritt in Russland und anderen osteuropäischen Ländern bereitzustellen und interessierte Unternehmen zu beraten. Zu den Ergebnissen der Kontaktstelle Mittelstand gehört eine enge Zusammenarbeit mit der russischen Mittelstandsagentur zur Qualifizierung russischer Zulieferer. Bislang haben zwei deutsche Investoren, das Technologieunternehmen GEA und der Dortmunder Pumpenhersteller Wilo, unter Vermittlung des Ost-Ausschusses Abkommen mit der russischen Mittelstandsagentur zur Weiterqualifizierung russischer Zulieferunternehmen abgeschlossen.

Die Kontaktstelle führt zudem zusammen mit der Commerzbank und Ernst & Young eine Veranstaltungsreihe in verschiedenen deutschen Städten durch, die speziell deutsche Mittelständler über die derzeitige Entwicklung in Russland sowie steuerliche und rechtliche Aspekte informiert. Finanziert wird die Kontaktstelle durch sieben Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses: BAUER COMP Holding GmbH, Commerzbank AG, Ernst & Young GmbH, Herrenknecht AG, Knauf Gips KG, Schaeffler AG und Wolffkran.

Im Rahmen des 52. Symposiums Einkauf und Logistik in Berlin unterzeichneten der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA), der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik (BME) und die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer (AHK) am 8. November eine Absichtserklärung zur Durchführung einer Einkaufsinitiative Russland für die deutsche Wirtschaft. Gemeinsames Ziel der drei Verbände ist es, deutsche Unternehmen, einschließlich ihrer Beschaffungsinteressen, mit ausgesuchten und qualifizierten russischen Lieferanten zusammenzubringen.

Leiter der Kontaktstelle ist Jens Böhlmann. Kontakt: 030-206167-127; j.boehlmann@bdi.eu.

5. Weitere Informationen

Ansprechpartner für Russland im Ost-Ausschuss:

Dr. Christiane Schuchart

Regionaldirektorin Russland

Tel.: 030 206167-123

Fax: 030 2028-2712

C.Schuchart@bdi.eu

Raliya Ostendorf

Sekretariat Regionaldirektion Russland

Tel.: 030 206167-128

Fax: 030 2028-2791

R.Ostendorf@bdi.eu

AG Agrarwirtschaft (German Agrobusiness Alliance):

Dr. Per Brodersen

Geschäftsführung AG Agrarwirtschaft;

Zusammenarbeit mit Russland, der Ukraine und Kasachstan im Bereich Agrar- und Ernährungswirtschaft

Tel.: 030 206167-124

Fax: 030 2028-2569

p.brodersen@bdi.eu

Kontaktstelle Mittelstand:

Jens Böhlmann

Leiter Kontaktstelle Mittelstand

für Russland

Tel.: 030 206167-127

Fax: 030 2028-2437

J.Boehlmann@bdi.eu

Deutsch-Russische Gespräche Baden-Baden:

Alena Akulich

Projektmanagerin

Deutsch-Russische Gespräche

Baden-Baden

Tel.: 030 206167-129

Fax: 030 2028-2437

A.Akulich@bdi.eu

Wichtige Links:

Deutsch-Russische Auslandshandelskammer:

<http://russland.ahk.de/>

Bundesbank:

www.bundesbank.de

Deutsche Botschaft Moskau:

www.germania.diplo.de/Vertretung/russland/de/Startseite.html

Germany Trade&Invest:

www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/welcome.html

Fachmagazin OstContact:

<https://owc.de/>

Märkte Weltweit:

<http://www.maerkte-weltweit.de>

Ostexperte – Der Blog zum Russlandgeschäft:

<http://www.ostexperte.de>

Russische Statistikbehörde:

www.gks.ru/wps/wcm/connect/rosstat_main/ross-tat/en/main/

Statistisches Bundesamt:

<https://www.destatis.de/DE/Startseite.html>

Business Europe – Working Group on Russia

<https://www.businesseurope.eu/policy-committees-and-working-groups>

Aktuelle Statistiken und viele weitere Informationen zu den deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen und zu weiteren 20 Ost-Ausschuss-Ländern finden Sie auf der Internet-Seite des Ost-Ausschusses unter www.ost-ausschuss.de/l-nder

Newsletter: Der Ost-Ausschuss bietet einen kostenlosen monatlichen Newsletter an, den Sie über die Internetseite www.ost-ausschuss.de abonnieren können. Folgen Sie uns auch auf Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss) und auf Facebook.

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft ist seit 1952 als gemeinsames Organ von fünf Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zentraler Ansprechpartner deutscher Unternehmen für die Märkte Russland, Belarus, Ukraine, Zentralasien, Süd-Kaukasus und Südosteuropa. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Informieren, Vernetzen, Handeln!

Presse-Kontakt: Ost-Ausschuss
Andreas Metz
Tel.: 030 206167 120
E-Mail: A.Metz@bdi.eu
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)